Ulrich Meyerholt

Das Bundesverfassungsgericht

Das Gericht

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit seinem Sitz in Karlsruhe ist weltweit der machtvollste Verfassungsgerichtshof, denn es kann mit seinen im Grundgesetz (GG) verankerten Kontrollmöglichkeiten sogar das Parlament in seine Schranken verweisen. In Deutschland werden Gesetze daher häufig vom BVerfG auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit hin überprüft. Diese Wächterfunktion über die Verfassung hat sich in nunmehr fast 60 Jahren bewährt. Die Grundrechte sind, anders als unter der Weimarer Reichsverfassung, so zum Maßstab aller staatlichen Tätigkeit geworden. Durch seine Rechtsprechung wirkt es auch in die Gesellschaft hinein und der Blick in eine Sammlung von Entscheidungen zeigt, dass fast alle gesellschaftlichen Entwicklungen von der Rechtsprechung des BVerfG begleitet wurden.

Der Zugang zu diesem Gericht ist weit gefasst, so dass Bürgerinnen und Bürger, die sich durch staatliche Entscheidungen in ihren Grundrechten verletzt fühlen, nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG das BVerfG anrufen können, wenn alle Rechtsbehelfe ausgeschöpft sind. Das BVerfG kann auch ein Gesetz für verfassungswidrig erklären, falls es von einem Instanzgericht angerufen wird (konkrete Normenkontrolle nach Art. 100 GG). Streitigkeiten zwischen staatlichen Organen oder bei Anrufung durch die Regierung oder 1/4 der Mitglieder des Bundestags eröffnen ebenso den Zugang zum BVerfG. Dies sind nur einige der wichtigsten Verfahrenswege. Die Zuständigkeiten des Gerichts ergeben sich überwiegend direkt aus Art. 93 GG.

Die Entscheidungen

Für die Praxis außerordentlich bedeutungsvoll ist die weit reichende Bindungswirkung der Entscheidungen der ober-

sten Richter in Karlsruhe, denn die Verfassungsgerichtsentscheidungen binden nach § 31 Abs. 1 BVerfGG alle Verfassungsorgane, Gerichte und Behörden von Bund und Ländern. Selbst eine Bindung an Entscheidungsgründe in den Urteilen (obiter dictum) wird diskutiert. Tatsächliche und rechtliche Spielräume von Unternehmen in Deutschland werden deshalb in Zusammenspiel mit Staat und Verwaltung stets durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts maßgeblich beeinflusst.

Der Prüfmaßstab des BVerfG ist dabei immer das Verfassungsrecht, das als Grundgesetz 1949 entstanden ist und nun schon über 60 Jahre besteht. Das BVerfG stellt so gesehen keine letzte Instanz dar, sondern bildet im Zusammenspiel mit dem Grundgesetz ein eigenes juristisches Profil. Das Grundgesetz bildet die Grundlage für die weitreichende Spruchstätigkeit des BVerfG. Die Mitglieder des parlamentarischen Rates erblickten 1949 im Grundgesetz eher ein Provisorium, das bei der Herstellung vollständiger staatlicher Einheit in Deutschland neu gefasst werden sollte. So brachte das Jahr 1989 mit der Auflösung der Ordnung in der DDR eine historisch einmalige Situation, die Chance einer verfassungsrechtlichen Neubestimmung in Deutschland wurde jedoch nicht ergriffen.

Die Grundrechte und Kompetenznormen des Grundgesetzes beruhen deshalb überwiegend auf gesellschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit. Trotzdem muss das BVerfG heute über Online-Durchsuchungen, Informationsrecht oder Mobiltelefonie entscheiden.

Das Datenschutzrecht

Im Datenschutzrecht hat das BVerfG in den letzten Jahren erheblichen Einfluss genommen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus dem Jahre 1983 im Volkszählungsurteil (BVerfGE 65, 1)

hat inzwischen den Status eines Grundrechts angenommen und bildete seitdem den Ausgangspunkt für das Datenschutzrecht in Deutschland. Inzwischen hat das Gericht durch seine Entscheidungen erheblichen Einfluss auf Informationsprozesse genommen, denn der Gesetzgeber muss die Vorgaben dieser Urteile in seine Gesetze einarbeiten.

Das Urteil zur informationellen Selbstbestimmung (BVerfGE 65, 1) oder das Urteil zur Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (BVerfGE 120, 274) sind inzwischen anerkannte Leitentscheidungen zum Technikrecht in Deutschland. In neuerer Zeit hat sich das BVerfG durch die Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung in dem Urteil vom 2.3.2010 (NJW 2010, S. 833) auch dem Problem der Umsetzung europäischer Richtlinien gestellt. Das Datenschutzrecht hat sich direkt oder indirekt durch diese und andere Entscheidungen des BVerfG weiterentwickelt.

Ein Ausblick

Dem BVerfG kommt bei der Auslotung der Möglichkeiten des Datenschutzes in Deutschland ohne Zweifel weiterhin eine beherrschende Rolle zu und generiert für die sich wandelnde Informationsgesellschaft aus verfassungsrechtlicher Sicht stets neue Entwicklungslinien. So hat das Gericht in der neuen Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung vom 2.3.2010 das Recht der Bürger, in ihrer Freiheitswahrnehmung nicht total erfasst und registriert zu werden, als einen zur „verfassungsrechtlichen Identität der Bundesrepublik Deutschland“ zählenden Aspekt hervorgehoben. Diese verfassungsrechtliche Neuschöpfung des BVerfG zur Informationsgesellschaft wird sicherlich aus datenschutzrechtlicher Sicht begrüßt werden können.